

# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wils. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postkonten: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lohnen: die 43 mm breite Millimeterzeile 0.9 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 20 Pf. Einseitige Annahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 115

Sonnabend, den 26. September 1931

44. Jahrgang

## Finanzlage der Reichsbahn.

Lage des Verwaltungstrates.

Berlin, 24. September.

Am 21. und 22. September tagte der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin.

Die Entwicklung der Einnahmen war, wie die Reichsbahn-Gesellschaft mitteilt, auch in letzter Zeit ungünstig. Der Personen- und Gepäckverkehr in den ersten acht Monaten 1931 weist gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres einen Rückgang um 120 Millionen RM (— 12,7%), der Güterverkehr einen Rückgang um 356 Millionen RM (— 17,5%) auf. Im Vergleich zum Jahre 1929 ist der Einnahmerückgang noch schärfer. Der Personen- und Gepäckverkehr ist mit 161 Millionen RM um 16,4% der Güterverkehr mit 738 Millionen RM um 32% zurückgefallen.

Der gesamte Rückgang der Einnahmen beziffert sich bis Ende August gegenüber 1930 auf 489 Millionen RM, gegenüber 1929 auf 955 Millionen RM, das sind 26,9% weniger als 1929.

Es ist für die Verwaltung gelungen, einen wesentlichen Teil des Einnahmerückganges durch Betriebsparparität auszugleichen. Es war möglich, die Gehaltsausgaben im Jahre 1931 um 20,7% gegenüber 1929 zu senken. Der Verwaltungsrat genehmigte für 1932 den Absatz auf Steuerung von Schienen und sonstigem Material im Werte von rund 100 Millionen RM.

Inwiefern weitere Arbeitsaufträge zusätzlicher Art von der Reichsbahn herausgegeben werden, hängt von dem Ergebnis der 4,5prozentigen steuerlichen Reichsbahnabgabe ab, zu deren Herausgabe der Verwaltungsteil seine Zustimmung gab.

## Berlängerte Börsenpause.

Berlin, 24. September.

Die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen besaßen sich in einer nach der Reichshauptstadt einberufenen Konferenz mit der Frage der Wiedereröffnung der Börsen. Die Verhandlung der Wertpapiere wurde mitgeteilt, daß sich für den Rest der Woche bei dem Verbot des Handels mit Wertpapieren und Devisen verhalte. Nur die Metallbörsen nehmen die Notierungen wieder auf. Einmütig ist darüber, nach Klärung der durch die Aufhebung der Goldwährung in England geschaffenen Lage in der nächsten Woche alsbald die Börsen wieder zu eröffnen.

## Severings Winterprogramm.

Aussprache mit den Regierungen- und Oberpräsidenten.

Berlin, 24. September.

Im Gebäude des preussischen Innenministeriums hatte Minister Severing eine Besprechung mit den Ober- und Regierungspräsidenten. Staatsminister Severing führte aus, im kommenden Winter händen zwei Fragen im Vordergrund: die Eindämmung des Rechtsradikalismus und die Aufrechterhaltung des Gemeindehaushalts.

Ein Lebensnadel des gemeindlichen Defizits — an Preußen handelte es sich um 500 Millionen Mark — durch das Reich sei ausgeglichen. Hilfe würde das Reich nur bei den Ausgaben für die Wasserwerkserwerbungen eifeln, und das auch nur insofern, als die Gemeinden ihre Ausgaben auf das Mindestmaß hinaufdrücken.

Was das Verbot von einem beabsichtigten Putsch betreffe sei das völlig ausgeschlossen. Beunruhigung aber zweifeln die dauernden Proben und die täglichen Zusammenkünfte. Es sei Pflicht der leitenden Beamten in den Kroningen, Bezirken und Kreisen, der Meinung entgegenzutreten, als ob wir kurz vor der Übernahme der Macht durch die eine oder andere radikale Partei ständen. Die Staatsgewalt sei unverletzt und bereit.

Ferner forderte der Minister die leitenden Beamten auf, den Radikalismus zu bekämpfen, daß der kommende Winter das deutsche Volk in eine Katastrophe führen werde.

Zum Schluß der Besprechungen wies Minister Severing nach auf den bevorstehenden Ministerbesuch aus Paris hin, wobei er betonte, Strömungen dieses politischen Charakters müßten unter allen Umständen verhindert werden.

## Beratungen der Deutschen Volkspartei

Samburg, 24. September.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt eine Sitzung ab und nahm Berichte der Ausschüsse über seine Verhandlungen mit dem Kabinet entgegen. Kritisiert wurde, daß die Reichsregierung trotz der trübseligen Belanage nach keine durchgreifenden Maßnahmen getroffen habe.

## Adlerschild für Dr. Simons.

Aus Anlaß des 70. Geburtstages.

Reichspräsident Hindenburg hat dem frühesten Reichspräsidenten Dr. von Simons aus Anlaß des 70. Geburtstages den Adlerschild des Reiches, die höchste Auszeichnung, mit der Würdigung: „Dem hohen Richter, dem Förderer des Völkers, dem Führer der Arbeiterbewegung, der durch Staatssekretär Dr. Meißner,

## Europa-Ausschuß bestätigt.

Genf, 25. September.

Die Vollversammlung des Völkerbundes legte die abschließende Durchberatung der zahlreichen Ausschußberichte fort und nahm zunächst den Bericht über die Arbeiten des Europa-Ausschusses, durch den Schweizer Bundesrat Motta erstattet, an.

In der Entschließung wird das Mandat des Europa-Ausschusses auf ein Jahr verlängert und der Ausschuß aufgefordert, seine Arbeiten in der bisherigen Weise fortzusetzen.

Um den Bedenken der außereuropäischen Staaten Rechnung zu tragen, wird empfohlen, so weit wie möglich die zuständigen Organe des Völkerbundes zuzuziehen. Ferner wird für die Behandlung des russischen Nichtangriffspaktes ein Sonder-Ausschuß des Europa-Ausschusses eingesetzt, zu dem auch einige außereuropäische Staaten, darunter Japan, China, Indien, Kanada und Australien, zuzugehen werden.

## Paris zum Besuch in Berlin.

Paris, 25. September.

Dem Berliner Besuch Cavals und Briands wird wegen der jüngsten Entschärfung der europäischen Wirtschaftskrisis in der Presse eine große Bedeutung beigegeben. Man betrachtet ihn teilweise als Vorbereitung für die Washingtoner Begegnung. Am „Deuxieme“ erklärt der ehemalige Minister, Senator Le Trocquer, der Vorsitzende des deutsch-französischen Komitees für die europäische Zollunion:

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Deshalb müssen wir uns beglückwünschen, daß Cavals und Briand die Einladung der Reichsregierung angenommen haben.

„Sournee Industrielle“ mit mit Genugtuung eine Umstellung in der öffentlichen Meinung Deutschlands feststellen, die, wie man erklärt, bisher wenig geneigt gewesen sei, den französischen Ministern einen günstigen Empfang zu bereiten.

Cavals Reize werden jetzt sogar von den Nationalisten als einigermassen glänzend bezeichnet.

Wahrscheinlich hätten die englische Währungsfrage und die Gehe Hoover's diesen Umkehrung bei einem wichtigen Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands bewirkt. Bei den Besprechungen in Berlin dürfte namentlich über die Finanzierung des deutschen Exportes gesprochen werden. Das sei natürlich für viele Deutsche weniger verführerisch als die Behauptung der Reparationen und Kriegsschulden oder als eine Währungsunion mit Frankreich. In Berlin aber dürfte man nicht vergessen, daß Deutschlands Handel und Industrie an sich zwar nicht stark bedrückt seien, aber doch der Schonung bedürftig. Außerdem müsse auf die Notwendigkeit genügender Bedingungen hingewiesen werden, ohne die keine nützbringende Besprechung oder Verständigung möglich sei.

Ein Abkommen würde nicht geschlossen werden. Wie könnte man in 48 Stunden etwas anderes tun, als nach einem Wege suchen!

Alles schon wenn dieser gefunden würde, wäre die Berliner Reise eine wichtige Etappe auf dem Wege des europäischen Wiederaufbaues.

„Politik“ begrüßt die bei der Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens durch Francis-Bonnet in Berlin zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichsminister ausgesprochenen Ansprüchen, Hindenburgs Anwesenheit auf die besonderen Aufgaben Frankreichs und Deutschlands und auf eine fruchtbringende Zusammenarbeit und ihren Verständigungswillen gingen über den reinen Höflichkeitston hinaus. Ein Dialog von Volk zu Volk habe an.

## Englische Oktoberwahlen?

London, 25. September.

Das Innenministerium hat Auftrag erteilt, die Vorbereitungen für die neuen Wahlgesetze, die am 15. Oktober in Kraft treten, mit aller Beschleunigung durchzuführen. In öffentlichen politischen Kreisen verteilt man daher die Ansicht, daß Neuwahlen im Oktober oder Anfang November stattfinden würden.

Die Abgeordneten, die mit ihren Wahlkreisen und der Wirtschaft in enger Fühlung stehen, wünschen die Wahl durchzuführen mit Ausnahme einer Mehrheit der Liberalen, die durch die Frage des Jerser-Konflikts, vorwiegend gegen Wahlen sind. Dies kam in einer liberalen Fraktionssitzung zum Ausdruck, die in ihrer Mehrheit der Ansicht war, daß Neuwahlen im gegenwärtigen Augenblick den Interessen des Landes schaden würden.

## Der Kampf in der Mandchurie.

Schon seit Wochen kamen aus dem Fernen Osten Nachrichten nach Europa, die von einem bevorstehenden kriegerischen Konflikt zwischen Japan und China zu melden schienen. Diese Nachrichten gründeten sich auf die gereizte Stimmung, die auf beiden Seiten durch verschiedene, z. T. unbekanntes Zwischenfälle entstanden war. Eine erneute Wendung nahmen die Dinge aber erst, als die Erregung auf die japanische Armee übergriff und japanische Militärflieger

in Flugritten ihre Landeplätze offen zum Kampfe gegen die Chinesen aufboten. Aber selbst dann war die Hoffnung auf eine gütliche Beilegung des Konfliktes berechtigt, da die verantwortlichen höchsten Stellen auf beiden Seiten eine solche zweifelslos wollten. Wenn es jetzt trotz alledem zu kriegerischen Handlungen gekommen ist, so deswegen, weil augenblicklich untergeordnete Organe in falsch verstandenen Patriotismus sich zu Unbeliebtheiten haben hinreißen lassen.

China, durch den Kampf um seine künftige innere Gestaltung zurecht finanziell und militärisch geschwächt, würde einem unangenehmen Eingreifen völlig machtlos gegenüberstehen. Ein Kampf nach Peking oder Nanjing aber würde der japanischen Armee keine Vorbeeren entzogen.

Japan hat in dem Neumächte-Vertrag in Washington vom 22. 2. 1922, dem auch Deutschland später beigetreten ist, die Integrität des chinesischen Reichs ausdrücklich anerkannt, nimmt aber auf Grund verschiedener Verträge in der Mandchurie eine Sonderstellung ein. Eine dauernde Beilegung der Mandchurien durch Japan würde jedoch mit dem Washingtoner Verträge unvereinbar sein und alle Signaturmächte zum Eingreifen berechtigen. Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß Japan sich einer solchen Vertragsverletzung schuldig machen will. Wohl möglich ist, diejenigen im Rechte sein, die behaupten, daß die Zeit hierfür nicht so günstig war wie jetzt, wo mehr Amerika nach England angeht als der großen Schwerkriegten wirtschaftlichen und finanzieller Natur im eigenen Hause eine besonnene Intervention im Osten riskieren könnten, und für Aufstand sich die herrliche Gelegenheit bietet, die ganze Nordmandchurie und damit die ostchinesische Bahn an sich zu bringen. Solche Argumentationen sind aber Hirtengespinnste in den Händen der Gegenwart besorgener Politiker, die an der Laizsche vorbeistehen, daß die Völkerleitung der Mandchurie in Japan von China niemals würde befreit werden können, und die chinesisch-japanischen Beziehungen auf alle Zeit so schwer zu griffen müßte, daß ein freundliche Nebenbenederliche dieser beiden großen Nachbarnländer und ein geregelter Handelsausaustausch auf Generationen hinaus unmöglich sein würde. Um dieses Verhängnis zu vermeiden ist die Begnähme der Mandchurie nicht.

## Amerikas Eingreifen.

Stimson trat Japan von Gewaltanwendung in China ab. Tokio, 25. September.

In einer an das Ministerium des Äußeren gerichteten Denkschrift über die Vorgänge in der Mandchurie erklärt der amerikanische Staatssekretär Stimson, die Vereinigten Staaten wünschen keinesfalls, die in die Angelegenheiten Japans einzumischen, aber die gegenwärtige Lage rufe bei den anderen Mächten schwere Besorgnisse rechtlich und anderer Natur hervor. Er rate daher Japan, die Gelegenheit sich beizulegen und nicht weiter Gewalt anzuwenden.

Dem Völkerbundrat ist ein Telegramm des amerikanischen Staatssekretärs Stimson zugegangen, in dem dieser seinen Dank für die Uebermittlung der Protokolle der Ratsverhandlungen über den japanisch-chinesischen Streit ausspricht und mitteilt, daß er von den beiden Punkten der Ratsentscheidung sowie von der Laizsche, daß diese Punkte in der Note des Rates an die japanische und die chinesische Regierung aufgenommen worden seien, Kenntnis genommen habe. Es handelt sich hierbei um den Appell des Rates, seine weitere Verhängung des Streiffalls zuzulassen und die beiderseitigen Truppen zurückzuführen. In dem Telegramm erklärt Stimson weiter, die amerikanische Regierung habe bereits auf die Einstellung der Feindseligkeiten gedrungen, um eine Verhängung der Lage zu vermeiden. Sie werde auch weiterhin mit allen Mitteln an der Wiederherstellung des Friedens arbeiten.

## In Genf noch keine Lösung.

Der Ratsvorsitzende Kerrour gab in der Bundesversammlung eine Erklärung zum chinesisch-japanischen Konflikt ab. Unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung teilte Kerrour mit, daß der Völkerbundrat in Zusammenarbeit mit den beiden Parteien sich bemühe, eine Beilegung des Konflikts herbeizuführen.

„Wir hoffen“, sagte er, „zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen. Das ist vorläufig alles, was gesagt werden kann, doch hat mich der Rat gebeten, Ihnen möglichst bald eine weitere Mitteilung zu machen.“

Der Präsident Titulescu erklärte hierauf, es sei Sache des Rates, Mittel und Wege zur Beilegung des Konflikts zu suchen. Vor allem sei es nötig, daß der Völkerbund bei seinem Vorhaben auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt zählen könne. Diese Unterstützung werde sicher nicht abgelehnt, wenn die Aktion des Völkerbundes laufe auf eine Festlegung des Friedens hinaus. Es genüge nicht, daß der Rat tagt, der Rat müsse in öffentlichen Sitzungen seine Anstrengungen so lange fortsetzen, bis eine Lösung gefunden sei. Völkerbundrat und Völkerbundesverwaltung dürften nicht auseinandergehen, bevor nicht der Erfolg der Union gesichert sei. „Wir wünschen“, so schloß der Redner, „daß der Rat vor Schluß der Versammlung dieser eine Mitteilung gemacht läßt, damit die Versammlung ebenfalls Gelegenheit erhält, ihrem Standpunkt und ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen.“

Die chinesische Regierung hat dem Kaiserpräsidenten telegraphisch mitgeteilt, daß sie sich mit den vom Völkerbund vorgeschlagenen Maßnahmen einverstanden erkläre.

### China soll mobilisieren.

Die Nachricht über das Vorgehen des Völkerbundesrates ist in Peking freudig begrüßt worden. Eine tiefe Waffenruhmung nahme eine Entschloßung an, in der die Regierung aufgefordert wird, eine sofortige allgemeine Mobilisierung anzuordnen.

### Charbin wird nicht besetzt.

Der japanische Operationsplan in der Mandchurei — so teilt der japanische Armeestab mit — ist durchgeführt. Es wird beabsichtigt, den Status quo aufrecht zu erhalten. Die diplomatischen Verhandlungen und die Benachteiligung der Mächte werden dem Außenminister überlassen. Nach Charbin sind keine japanischen Truppen entsandt worden.

Alle japanischen Truppen in der Mandchurei haben sich angeblich nach dem Gebiet der südmandchurischen Bahn zurückgezogen.

## Deutsche Tageschau.

### Zur Hamburger Bürgerchaftswoche.

Am kommenden Sonntag wird die Hamburger Bürgerchaft neu gewählt. Die Zahl der Wahlberechtigten ist von 20 auf 15 geklungen. Bei der SPD führt Bürgermeister Hoff die Reihe von 18 Kandidaten. Die 110 kommunizistischen Wähler führt Böhm, die 70 Staatspartei Dr. Petersen, die 62 Kandidaten der DDP, der betagte Bürgermeister a. D. Dr. Schröder. Die Deutschnationalen waren mit 60 Namen auf, die Wirtschaftspartei mit 30. Die NSDAP geht mit der umfangreichsten Liste — 124 — in die Wahl. Die sonstigen Vorkämpfer sind Jensen, Wollersdorfer, Antikapitalistische Einheitsfront, Christlich-Sozialer Volksdienst, Freiwirtschaftliche Partei, USPD, Volkseigenheit, bedrohter Entzungen und kommunizistische Opposition.

### Folgen der englischen Währungsfrage.

Wie die Direction des Währungsamtes der Vereinigten Staaten in Willen (Sieg) mitteilt, ist die Anordnung eingegangen, vorerstige Silligungsarbeiten beim Demobilisationsamt einzureichen. Auch soll, falls sich die Lage in der nächsten Tagen nicht bessert, zum 1. Oktober 1900 Arbeitern die Silligung zugestimmt werden. Diese Maßnahme ist, wie die Wertstellung, verifiziert, auf die englische Währungsfrage zurückzuführen, da rund 90 Prozent der Produktion in englische Währung ins Ausland exportiert werden.

### Immer wieder Zusammenstöße.

Zu einer schweren politischen Schlägerei kam es in der Kaiser-Wilhelm-Straße in Jamborn. Die Schlägeri noch schließlich einen derartigen Umfang an, daß außer dem Streifenhelfer aus Marsch wurden durch Wertschleife, Fußtritte und Schläge mit harten Gegenständen verletzt. Sechs Verletzte wurden von der Polizei vorläufig festgenommen.

## Auslandsrundschau.

Die Verhältnisse gegen die Heimwehr-Politiken. Im Großen Badergasse befinden sich gegenwärtig noch über 70 Heimwehrangehörige in Haft. Gegen ungefähr 600 Personen ist die Voruntersuchung eingeleitet worden.

### Arbeitslosen demonstration in Glasgow.

Arbeitslosen aus Glasgow zufolge veranstalteten dort etwa 50 000 Arbeitslose Kundgebungen. Sie waren durch die Hauptstraßen der Stadt und langen revolutionäre Kampflieder. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

### Kleine politische Meldungen.

Eustius wurde in Berlin. Reichsaussenminister Dr. Curtius traf am Donnerstagabend nach Genf kommend wieder in Berlin ein. Zu seiner Begrüßung hatte sich auf dem Bahnhof außer Frau Curtius Staatssekretär von Bülow mit zahlreichen Herren des Auswärtigen Amtes eingefunden.

Eröffnung des dänischen Reichstags. Der dänische Reichstag ist eröffnet worden. Staatsminister Stanning gab eine programmatische Erklärung ab.

Einberufung des österreichischen Nationalrats. Der Bundespräsident hat den österreichischen Nationalrat zur außerordentlichen Tagung für den 30. September einberufen. Präsident Renner hat darauf die Sitzung des Nationalrats für den 30. September, nachmittags 3 Uhr anberaumt.

### Aus der Umgebung.

Nebrua, 25. September.

**Kirchliches.** Der kommende Sonntag bringt wieder einen Jugendgottesdienst um 11.15 Uhr in der Kirche. Er soll der konfirmierten Jugend dienen, die hierzu herzlich eingeladen wird. Gleichzeitig sei noch einmal auf die Frauenmissionsabende am Dienstagabend, 8 Uhr, aufmerksam gemacht.

**Werbe-Abend.** Es sei noch einmal auf den 8. u. 9. (Sonntags) im Saale des Schützenhauses von der hiesigen Ortsgruppe der NSDAP. anberaumten Werbeabend hingewiesen. Die als Mitwirkende genannte Nebruer Stadtkapelle wird ihr Bestes zur Unterhaltung beitragen, andererseits wird aber eben, dem um die Zutritt bangt, Aufmerksamkeit gegeben werden, was zu erwarten steht, wenn das deutsche Volk zu seinem Zusammenstand einer großen Haarscherfenden Partei kommt. Das Referat des Redners, Herrn Krämer-Galle, lautet: „Nationalsozialismus im Endkampf.“ — Zur Förderung des geselligen Teils des Werbeabends findet noch ein Tanzabend statt.

**Stadt-Schiffspiele.** Ein Kampf mit dem Schifal, auf Leben und Tod, steht auf dem Programm der Sonntagvormittags. Der zweite Film führt die Besucher wieder einmal nach Wild-West, ins Eldorado der Abenteuer. — In einer Nachmittagsvorstellung wird der Jugend Gelegenheit gegeben sein, Studien über den Wagen und die Unerforschlichkeit einzelner Menschen zu machen.

**Dankfest.** Der Nachbarort Kleinwanzgen feiert das Gedenkjubiläum in gleicher Weise, wie andere Gemeinden die Armes oder Kindertage begehen. Zwei Tage (Sonntag und Montag) sind als Festtage vorgesehen, an beiden Tagen ist Tanzgelegenheit im Neumannschen Gasthof, wo auch weitgehende Vorzüge für gute Verpflegung der Gäste getroffen ist.

**Radium das größte Wunder unseres Zeitalters.** Meber dieses Thema spricht Herr Stadtbaurat Dr. A. Richter

Abrecht am Mittwoch, dem 30. September, abends 8 1/2 Uhr im Hotel „Zur Burg“. Radium! Wie ein neues Evangelium verbreitet sich die Wahrheit über die wunderwirkende Heilkraft dieses Elements, seitdem es gelungen ist, soviel Radium herzustellen, daß es auch weiteren Kreisen der Kranken möglich ist, sich dieses Mittels zu bedienen, um ihre Gesundheit wieder herzustellen. Unbegrenzt ist seine Lebensdauer, 2000 Jahre, 4000 Jahre, sagen die Gelehrten, je mehr es unterbrochen seine Strahlen aus, ohne an seiner heilkräftigen Wirkung das Geringste zu verlieren. Das Gebiet der mit Radium zu heilenden Krankheiten ist unendlich groß, alle Blutkrankheiten, Juckkrankheiten, Seps, Nerven-, Leber-, Nieren- und Blasenleiden, Gicht, Gelenkchondritis usw. Und das alles ohne Berufsstörung, ohne eine kostspielige Badkur, ohne Aufenthalt in einer Klinik, sondern bequem im eigenen Hause kann man Trinituren, Baderuren oder in Form von Compressenaufgaben mit Radium seine Gesundheit wieder herstellen. Diese Radiumpräparate, die zu einem Preise herausgebracht werden, den weiteste Kreise sich leisten können und so in der Lage sind, die heilende, aus Wunderbare grenzende Wirkung an sich selbst auszuprobieren, sollten in keinem Hause fehlen. Man besuche den Vortrag und höre von der wunderwirkenden Kraft des Radiums. Eintritt frei.

**Schau für kriegsbeschädigte Lehrkräfte.** Die bevorstehende Preussische Notverordnung sieht u. a. auch einschneidende Vorschriften zur Einschränkung der Ausgaben der Lehrkräfte bei den verschiedenen Schularten vor. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverwundeter in e. V. Berlin W.D. 18, hat daher an den Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine Eingabe gerichtet, in der bei der in Aussicht genommenen Entlassungen eine billige Rücksichtnahme auf die kriegsbeschädigten Lehrkräfte aller Kategorien gefordert wird. Gerade im Interesse der Jugendberziehung sollte der Staat den Männern gegenüber Rücksicht nehmen, die bei im Kampfe beschädigte ehemalige Vaterlandsverteidiger billigerweise erwarten dürfe. Wenn gerade die Schule den Beweiss erbringen wollte, daß den kriegsbeschädigten Angehörigen des Staates nur ein bedingter Lohn festzusetzen sei, so würde das zu den bedenklichsten Folgen führen. Im besonderen fordert daher die Eingabe des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverwundeter der nicht kriegsbeschädigten Lehrkräfte in allen Schularten. Gestellte kriegsbeschädigte Lehrer aller Kategorien sollten mit Rücksicht auf ihre kriegsbeschädigte nicht gegen ihren Willen verkehrt oder mit Wartelohn abgehoben werden. Sie seien desgleichen nicht außerhalb der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu pensionieren. Im diesem Sinne seien wichtige Schutzvorkehrungen, entweder für die bevorstehende Notverordnung oder in deren Ausführungsbestimmungen aufzunehmen.

**Wotendorf.** Seit einigen Wochen ist in unserer Gemeinde die Nachricht bekannt, daß unser Seelforger, Herr Pfarrer Schlemmer, in den nachbedenklichen Ruhestand treten und unsern Ort verlassen wird, nachdem er länger als 27 Jahre die Gemeinde betreut hat. Bis her wollte sich noch niemand um die mit dem Abschieden so recht vertraut machen, daß der mit jeder Familie bekante, durch seine seelforgerische Tätigkeit mit der Bewohnerschaft jeglichen Alters angebundene Pfarrer von dem Amte, das ihm am Herzen lag, und von der Scholle, die ihm zur Heimat geworden ist, würde lösen können, jedoch nun wird es Tatsache, der Tag des Scheidens liegt gar nicht mehr so fern: am kommenden Sonntag, vorm. 9 Uhr wird Herr Pfarrer Schlemmer seine Abschiedspredigt halten. Das hohe Alter des nun in den Ruhestand tretenden Pfarrers — er zählt 72 Jahr — und sein gesundheitsvoller Zustand stehen der Entschluß in ihm fest, zurückzutreten, um die so wichtige und arbeitsreiche Pfarrstelle für einen jüngeren Nachfolger frei zu machen. Gewiß mag ihm dieser Entschluß schwer geworden sein, denn mit der Pensionierung war doch auch die Trennung von dem ihm zur Heimstätte gewordenen Pfarrhause und schließlich gar von der ihm durch 27jährigen Aufenthalt als Heimat geltenden Gemeinde Wotendorf verknüpft. Soweit uns bekannt geworden, wird der Scheidende nun bald nach Neumünster überziehen, um dort den Lebensabend zu verbringen. Während ihm die Ruhe noch einmal fröhlich stärken und heller Sonnenchein den letzten Abschnitt seines arbeitsreichen Lebens erhellen.

**Artern.** Aus dem hiesigen Krankenhaus wurde nach vier Monate langer Behandlung die seinerzeit bei dem Brandunglück am Schwertke verletzte Räte Kals als gesund entlassen. Somit sind alle Verwundeten, die am 11.09.00. vorgefallen sind, wieder heilend entlassen. Die verletzte Lehrerin hat ihren Dienst ebenfalls wieder angetreten.

**Behldingen.** Das Schmiedegrundstück des Schmiedemeisters Albert Weber in der Hauptstraße ist für 10000.— RM. von Schmiedemeister Richard Mau käuflich erworben und übernommen worden. Weber scheidet mit seiner Familie nach Engelshaus bei Sangerhausen über, um dort eine Gastwirtschaft zu übernehmen.

**Obdissen.** In wie ungeheurer Weise die Zahl der Wohnfahrtsverderbten unseren Marktflecken betraut, ergibt sich daraus, daß zur Zeit 128 Wohnfahrtsverderbte mit einer wohnfahrtsfähigen Auszahlung von über 1100 RM. vorhanden sind. Während im Reichsbedarfsamt etwa 14 bis 15 Wohnfahrtsverderbte auf 1000 Einwohner entfallen, beträgt die Zahl hier in Obdissen 54 je 1000 Einwohner. Die Auszahlungszahl betrug im September 1931: 128. Die Einwohnerzahl unseres Marktflecken beträgt zur Zeit: 2356.

**Sandhausen (Kreis Sangerhausen), 23. Sept.** In einer Feldbahn wurde ein unbetannter etwa 50jähriger Mann in guter Kleidung erhängt aufgefunden. Er hatte keine Ausweispapiere bei sich. In seiner Tasche fand man eine Fahrkarte von Magdeburg nach Raumburg. Ermittlungen sind angefallen.

**Hörsching (Kr. Querfurt).** Die Anfallstiden Kohlenwerke beschuldigen die Grube Cecilia am 15. November Hilzungen. Eine entsprechende Anzeige ist bereits erlassen worden. In einer Ausrede mit der Betriebsverretzung und den Gewerkschaften begründete die Werksleitung die beschuldigte Stilllegung mit den großen Vorräten und mit dem schwachen Kohlenabruf. Auf die Einwendungen der Gewerkschaften sagte die Werksleitung zu, die verschiedenen Winke nach Möglichkeit zu berücksichtigen und die Grube nur im schrittweisen Falle Hilzungen.

**Neumarkt (Kr. Querfurt).** Auf einem Futterboden des Gutshofes Rudolf Müller brach Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete und in kurzer Zeit alle Stallungen und Futterböden ergriffte. Die Milchfüllanlage, die Stallungen und Zubehörräume sind bis auf die Umfassungsmauern niedergebrennt. Mitternacht sind u. a. das gelamte Saalgerieße sowie die ausgedehnten Getreidevorräte. Die benachbarten Gebäude, die stark gefährdet waren, konnten gerettet werden. In den Wohnhäusern beteiligten sich über 15 Feuerwehr. Der angerichtete Schaden geht in die Zehntausende, ist jedoch durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist noch nicht bekannt; es wird auch nicht über Explosion eines Ammoniumsalzes in der Milchfüllanlage vermutet.

**Naumburg.** In einer Versammlung der SPD. in Oberjarnitz war es so stürmisch geworden, daß man die Versammlung beschließen wollte. Der Parteisekretär Brauer gab einen Stimmschrei ab, den er seinen Angestellten entnommen haben wollte. In jeder Sache waren vom Schiffsgericht der Feldhüter Paul Götte, Majorskind Richard Götte und Schlosser Fritz Schwamm zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei Paul Götte kam auch Waffenschein in Frage. Die Große Strafkammer milderte das Urteil dahin ab, daß jeder der Angeklagten nur zwei Monate Gefängnis erhält.

**Wettersfeld.** Ein Heilmittelverkäufer offerierte einer wohnsitzenden Frau ein „orientalisches Wundermittel“, dessen Heilkraft so groß sein sollte, daß zwei Fliegen getöteten, um die Frau wieder gesund zu machen. Die Patientin überlebte den Angaben des Reisenden Glauben und bestellte das Medikament, für das sie 24 Mark bezahlen mußte. Sehr bald mußte sie jedoch feststellen, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war. Das orientalische Wundermittel war gewöhnlicher Knoblauch und Meerrettich, und der Reisende ein Betrüger, der nun zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

**Merzbach.** Dem g. l. h. d. n. f. e. m. kam ein jüdisches Mädchen in der eierfischen Wohnung zu nahe. Die Kleider fingen Feuer, und in seiner Angst rannte das Mädchen über den Hof, wo die Flammen von hinzukommenden Nachbarn erstickt werden konnten. Das Kind hatte jedoch schwere Brandwunden davongetragen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

**Schlopa (Saalfreis).** In der Küche des Schafmeisters J. d. e. r. ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Die beiden Söhne des Schafmeisters, ein 2 1/2-jähriger Knabe und ein sechsähriges Mädchen, spielten in der Küche des mit kochendem Wasser gefüllten Wachsgefäßes, wobei sie beide in den Kessel fielen. Sie wurden sofort herausgezogen und mit schweren Verletzungen dem Merzburger Krankenhaus zugeführt. Während der Knabe kurz darauf u. e. r. b. hofft man, das Mädchen am Leben zu erhalten.

**Überrollungen am See.** Einige jugendliche Burken hatten eine in der Nähe des Eisenbahnhofs liegende Lage aufgeschoben und so Kisten Äpfel gestohlen. Die Diebe konnten nach in derischen Räte ermittelt werden. Einer von ihnen, der bereits vorbestraft ist, jedoch Bewährungsfrist erhalten hatte, versuchte sich mit Wajol zu vergiften. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

**Eisleben.** Die Wiesenmarktlage hatten auch in diesem Jahre wieder eine Menge Leute auf die Wiese gebracht. Auch Aussteller, Vergnügungsfahrer usw. waren in großer Zahl auf dem Platz. Die Besucherzahl blieb etwas hinter der des Vorjahres zurück. Empfindlich für Verkäufer und Besucher des Wiesenmarktes war der starke Regen am Montag. Am Sonntag wird noch die „kleine Wiese“ Besucher heranziehen. Dann geht der Herbstwind über den leeren Platz.

**Eisleben.** (Ein Sprengstoffanschlag.) In der Dienstagtagung geht 2 Uhr wurde in einem Kellerhause des Grundstücks Martinstraße 3 ein Sprengkörper zur Explosion gebracht, durch den einige Steine aus der Hauswand gerissen und mehrere Fensterhebel zertrümmert wurden. Personen kamen nicht zu Schaden. Wahrscheinlich richtete sich der Sprengstoffanschlag gegen einen bis vor kurzem in diesem Hause wohnenden sächsischen Fürst.

**St. Blasien.** In einer der letzten Gemeindevorberhandlungen war die Einführung der Bürgerliste abgelehnt worden. Nunmehr hat die Regierung durch den Kreisaußenrat die Einführung der Bürgerkarte nach dem Satz der Notverordnung angeordnet. — Die Kartoffelernte ist befriedigend und in vollem Gange. Trotz des starken Regens macht sich eine Kartoffelernte nach nicht bemerkbar, doch macht der Regen oft ein Einrichten unmöglich.

**Halle.** Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Halle wurden am 21. d. M. 12.45 Uhr auf der Strecke Berlin—Halle zwischen Bitterfeld und Köpenick in der Nähe der Blockstelle Holzweißig auf den D-3 Zug Nr. 16 fünfgroße Steine geworfen. Ein Stein, der in einem Personenabteil gefunden wurde, durchschlug je ein Fenster im Gang und Wabell, verletzten zum Glück aber niemand. Die Reichsbahndirektion Halle hat zur Ermittlung des Täters ein S. e. l. o. n. g. ausgesetzt.

**Halle.** Auf einem aufsteigenden Bergfeld am Dienstag vormittag auf dem hiesigen Hauptbahnhof. Ein Geisteskranker aus J. h. n. a. der in die Unterirdischenentwertung gebracht wurde, sollte, sich beim Entlassen des Zuges auf dem Bahnsteig 2 von einem Begleiter los, ließ über die Gleise nach dem Bahnsteig 1 und sprang dort über die Mauer. Nach längerer Verfolgung konnte er wieder in Geistesheim genommen werden.

**Bitterfeld.** In der Nähe der Station Müdenstein der Strecke Berlin—Halle ereignete sich Donnerstag vormittag gegen 10 Uhr ein aufsteigender Bergfeld. Passanten beobachteten eine Radioapparat, die sich in einem Kinde dem Schienenstrang näherte und, noch ehe sie daran gehindert werden konnte, sich mit dem Kinde vor den Preisenzug 904 warf. Mutter und Kind waren sofort tot. Es handelt sich um eine etwa 21jährige Frau und einen einjährigen Knaben. Die Verhältnisse konnten nicht festgestellt werden, auch sind die Gründe für die Tat bisher unbekannt.

**Wittenberg.** Auf der Wittenberger Eisenbahnbrücke über die Elbe wurde am Dienstag früh der 21-jährige Arbeiter Gerhard Friedrich aus D. e. r. e. n. von dem Personenzug Wittenberg—Halle ertränkt und auf die Gleise geschoben. Dem jungen Mann wurden Kopf und ein Bein abgefahren, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Friedrich, der mit Entlohnungsarbeiten beschäftigt war, wollte sich für die um 7 Uhr beginnende Arbeit umziehen und hat dabei das Herannahen des Zuges übersehen.

**Rauisch (Saalfreis).** Über 100 Angestellte h. t. e. n. — Mit großem Erfolg haben Diebe bei einem Gastwirt und Kaufmann „gearbeitet“. Sie erbeuteten eine große



## Erleichterung für Landwirte.

Zinsverbilligung für Spezialerzeugnisse.  
Der Reichsanwalt für Ernährung und Landwirtschaft hat nach Verhandlungen mit den zuständigen Verbänden Zinsverbilligungsnachweise für den Absatz von Wein, Obst, Hopfen und Tabak bewilligt. Aus dem Fonds für Betriebsumstellung und Absatzförderung werden Mittel zur Verfügung gestellt, um die Zinsen zur Erntebevorzugung durch die Wagnisgesellschaften um 4,5 auf 3 Jahre zu verbilligen, ebenso für Kredite des Weinbaues und der Weinverarbeitenden Industrie.

Bei einer Kaufzeit von drei bzw. sechs Monaten wird eine gewisse Zinsverbilligung den Obstlagengesellschaften und der Obstverarbeitenden Industrie gewährt. Eine ähnliche Aktion bezieht sich auf den Absatz der deutschen Tabakfabrik, jedoch nur für die Hälfte der von Tabakfabrikanten und Tabakhandel benötigten Kaufsummen bei einer Kaufzeit von sechs Monaten. Soweit bei mangelnder Verkaufsmöglichkeit der Tabakfabrik zur eigenen Fermentation genötigt ist, kommt die Zinsverbilligung auch den Tabakbauvereinen zugute. Schließlich ist eine Verbilligung der Kredite für den Hopfenabzug um 4 v. H. vorgesehen.

## Steuerfindungen.

Ein Erlass des preussischen Finanzministers bringt folgende Grundzüge für die Bewilligung von Steuerfindungen in Erinnerung: Eine vollständige oder teilweise Stundung kommt dann in Frage, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die zur Bezahlung der Steuern erforderlichen Mittel nicht flüssig gemacht werden können und daß die Verhinderung von Gegenständen, die einem Betriebe gewidmet sind, entweder die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährden würde oder nur zu Preilen erfolgen könnte, die dem Steuerpflichtigen billigerweise nicht zugemutet werden können. (Soweit die Steuer nicht auf Betrieben ruht, z. B. bei Wohnausbehalten und Kleinrentnern, verbleibt es bei dem allgemeinen Grundsatz, wonach die Steuer hauptsächlich dann zu stunden ist, wenn ihre Einziehung mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden sein würde). Für die Frage, ob Stundung zu bewilligen, ob die Stundung von einer Sicherheitsleistung abhängig zu machen ist, ob sie sich auf den gelamten Steuerbetrag oder nur auf einen Teil zu erstrecken hat und für wie lange sie zu bewilligen ist, lautet die in erster Linie auf die besonderen Umstände des einzelnen Falles an. Dabei sind die in Betracht kommenden Verhältnisse mit Verständnis für die heutige wirtschaftliche Lage zu prüfen. Andererseits ist unbedingt daran festzuhalten, daß sich niemand der Pflicht entziehen darf, mit Anspannung aller seiner Kräfte dazu beizutragen, Staatsmitteln und Währung von dem Verfall zu bewahren. Woher die Höhe der zu entrichtenden Stundungssummen wird demnächst weitere Bestimmung getroffen werden.

## Wann darf die Polizei schießen?

Die Ausführungsbestimmungen zum Polizeiverwaltungsgesetz.

Zu dem bereits vom Senat verabschiedeten Polizeiverwaltungsgesetz hat jetzt der preussische Innenminister die Ausführungsbestimmungen erlassen, mit denen sich demnach der Staatsrat beschäftigen wird. Erwähnenswert sind darin die Anweisungen, die dem abermaligen Leberhandnehmen der Polizeiverordnungen vorbeugen sollen.

## Die Anwendungen unmittelbaren Zwanges.

d. h. die Feststellung von Personen und die Anwendung von Wassergewalt wird eingehend behandelt. Es sollen die am wenigsten schädlichen Mittel angewandt werden, doch müssen die polizeilichen Ziele erreicht werden. Von Schusswaffen oder Explosivmitteln darf abgesehen werden im Falle der Notwehr, nur nach vorläufiger Androhung gegen eine Volksmenge nur nach dreimaliger Androhung, wenn ein Verbrechen oder Verbrechen droht, und die Androhung kann durch Worte erfolgen, wie „halt oder ich schieße!“, und „zurück oder ich schieße!“. Die Androhung, auch die dreimalige, kann durch schriftliche, an Ort und Stelle anzubringende Bekanntmachung erfolgt werden. Schreckschüsse gelten ebenfalls als Erlass für die Androhung.

Gegen Kinder dürfen Schusswaffen oder Explosivmittel nur im Falle der Notwehr angewandt werden. Auf fliehende Personen darf nur geschossen werden, wenn sie eines Verbrechens überführt oder dringend verdächtig sind.

## Arbeitsmarktlage in Mitteldeutschland weiter rückläufig

Mitte September 1931: 390 000 Arbeitslose.

Der Präsident des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland teilt mit:

Die Zahl der bei den mitteldeutschen Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen hat sich in der ersten Septemberhälfte weiter erhöht, da der Beschäftigungsgrad fast aller Zweige der mitteldeutschen Wirtschaft weiter gesunken ist. Wenn auch zurzeit der Beschäftigungsgrad der mitteldeutschen Wirtschaft über dem Reichsdurchschnitt liegt, so darf diese Tatsache doch keineswegs als Folge einer Sonderkonjunktur der mitteldeutschen Wirtschaft angesehen werden, sondern sie ist lediglich eine saisonmäßige Erscheinung, die auf die umfangreiche Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion und der ihr dienenden bzw. ihre Produkte verarbeitenden Industrie zurückzuführen ist. Die Entwicklung am mitteldeutschen Arbeitsmarkt geht die gleichen Bahnen des Abstieges wie im gesamten Deutschen Reich. Vagerüberfüllung und Kreditmangeln zeigen auch hier die Gesamtanlage. Die an sich nur beschleunigten Hoffnungen auf eine letzte Belebung der Produktion in den Verbrauchsgüterindustrien durch die Leipziger Herbstmesse haben sich, wie jetzt zu übersehen ist, leider nicht erfüllt, so daß mit einer zunehmenden Ausbreitung der Kurzarbeit, mit vermehrten Entlassungen und schließlich mit neuen Teil- und Glaszeileitungen in den nächsten Wochen und Monaten gerechnet werden muß. In der ersten Septemberhälfte wurden in Mitteldeutschland 37 Stilllegungen angeündigt, durch die noch im Laufe dieses Monats rund 6300 Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden, davon 2000 aus der Metall-, 1700 aus der Textilindustrie, 1000 aus dem Bergbau und etwa 700 aus der Zigarrenindustrie.

Zinsgesamt waren am 15. September im Bereiche des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland rund 390 000 Arbeitslose gemeldet, oder rund 6000 mehr als Ende August. Der Neuzugang an Arbeitsuchenden hat in den letzten 14 Tagen gegenüber den vorausgegangenen zwei Wochen etwas nachgelassen. In der Zeit vom 1.—15. August sowie in der Zeit vom 15. August bis 1. September hatte sich der Bestand der Arbeitsuchenden jeweils um rund 11 000 erhöht. Die Verlangsamung des Anstieges der Erwerbslosenzahl in den

letzten 14 Tagen ist auf die saisonmäßige Belebung des Verarbeitungs- und Gewerbetreibenden sowie des Beschäftigungsgewerbes zurückzuführen.

Von der Gesamtzahl der Arbeitsuchenden erlosien Mitte September 119 461 verlässigermäßige Arbeitslosenziffern, 101 230 Krüdenunterstützung und 100 303 Wohlfahrtsunterstützung.

## In der Gerichtslaube.

Eraufzuges und Erlebtes, nachgerührt von Jusus.

In nächster Nähe eines Gerichts, sei es in der Großstadt oder an einem kleinen Plage, befindet sich ein Restaurant, das den schönen Namen „Gerichtslaube“ trägt. Diese Gerichtslaube ist nicht nur östlich mit der heiligen Justitia verwandelt, sondern können sich unglückliche Fäden von ihr bis hinüber zu den Schranken der Gerechtigkeit. In der Gerichtslaube sitzen die Parteien und Zeugen vor dem Termin, manchmal auch nach dem Termin, dort füllen sie die Verhandlungspausen aus und dort gehen sich die Zuhörer und „Kriminalstudenten“ ihr Stelldiele, um loszulassen auf den Laufenden zu gehen und eine Gasse zu öffnen, wo man auch ihre Meinung über möglicherweise anerkennt und achtet. In der Gerichtslaube gibt es mannigfaltige Auseinandersetzungen, denn da sitzen Leute, die so ihre Beziehungen haben, die über ein Maß juristischer Kenntnisse verfügen, daß sie selbst einen Staatsanwalt beschämten!

Aus den Kleinstädten weiß ich, daß die Gerichtslaube stets überfüllt ist, denn dort sitzen die großen Sachen anstehen“ hat. Hier in der Kleinstadt sind die Zuhörer bei der Verhandlung sehr unorbene Leute, denn sie sind die Richterstatter für die Gerichtslaube. Da der Verhandlungssaal in den Kleinstädten meistens so lieblich ist, daß er nur höchstens acht oder zehn Zuhörer aufnehmen kann, so haben diese Zuhörer nach der Verpflichtung den in der Gerichtslaube zu sitzen und Bericht zu erstatten. In der Großstadt ist das anders. Da sitzen manchmal 150 bis 200 Zuhörer im Saal, außerdem weiß man nach zwei Stunden schon aus der Presse was „gepielt“ worden ist. Und dennoch in der Gerichtslaube in Berlin-Moabit ist an großen Tagen auch heute noch Betrieb. Dort trifft man sich nach wie vor, um bei einer Kaffeeklatsch-Konversation zu sitzen und sich an den stehenden oder Staatsanwalt zu üben, um einen Gegen auszumieren, oder mit „jemlicher Sicherheit“ das zu erwartende Urteil vorauszufragen. Eines Tages stand der Artzt I. wegen eines Raubüberfalls vor den Schranken in Moabit. I. hatte einen Juwelier mit einem übergeprägten Schwamm betäubt und nachher ihn zu betauben. Die Sache ergab insofern großes Aufsehen, als der Artzt der Freund der letzten Berliner Schönheitskönigin war. Während der Verhandlungspause ist in der Gerichtslaube großer Betrieb. An einem Tisch saßen sich ein paar Frauen: „Was sagen Sie, der T. hat Schuld? Ist Lage Sie, der T. is 'n anständiger Junge, die alle Schönheitszüge, die konnte bloß nicht genug kriegen, und da hat je den bummigen Jungen verführt!“

In dieses Gespräch mischt sich eine dritte Frau. „Sie haben ganz recht, die sieht schön so aus wie eine, die bloß für Geld zu haben ist! Sie hätten mal draußen im Wartezimmer stehen sollen, wie sie sich die Lippen gemacht hat, wie sie dabei und wie unanständig sie sich die Strümpfe hochgezogen hat!“ Die Urteilskommission führt auch noch unter den Gästen zu schmerzlichen Meinungsverschiedenheiten. Die einen meinen „na, ein paar Jahre Knast wird's wohl geben!“ Aber ein anderer, der schon gewisse Erfahrungen hinter sich zu haben scheint, der sagt: „Mensch, du Dollbrägen, das ist doch schwerer Raubüberfall, darauf steht unbedingt drei Jahre 3!“

Zu den Stammgästen der Gerichtslaube zählt auch eine Frau, die einen Freund „Bei-Gerichte-Hat“. Man trifft sie an jedem Tage in der Gerichtslaube und ihre Informationen stammen aus bester Quelle, denn ihr Verehrer „is beis Bericht, wo er immer die einwilligen Vorfängen auschreiben muß!“ Es ist erstaunlich, was dieser Verehrer alles zu wissen scheint. Wollte man der Frau glauben, dann müßte jene Schreibereie schon vorher die Schidale all der armen Sünder vorher auswendig kennen. Aber meistens stellt sich dann nach der Urteilsverkündung heraus, daß er sich doch geirrt hatte oder überraschende Momente die Sachlage geändert hätten!

Interessant ist, wenn der Anhang eines Angeklagten in der Gerichtslaube sitzt. Freunde und Entlastungszeugen, die um „Baule, den guten Jungen bangen“. An dem Richter wird kein gutes Haar gelassen, der will den unschuldigen Baule bloß ins Verderben führen. Bloß Mariechen, die Braut von „Baule“, sie nimmt die Sache nicht weiter tragisch: „Wenn Baule daheim geht, dann jehe ich solange zu Justus, der wird mal schon helfen!“

An einem Tisch ganz für sich sitzt still in einer Ecke ein junger blauer Mensch. Ich setzte mich zu ihm und frage: „Na, woll'n Sie auch rübergehen und zuhören?“ — „War schon drüben“, logte er. „Aber nicht als Zuhörer, sondern als Angeklagter!“ — „Was freigesprochen, dann gratuliere ich!“ — „Nein, nicht freigesprochen, sechs Wochen mit Bewährungsfrist, wegen Diebstahls.“ — „Zur'sich gehen?“ — „Hunger hab' ich gehabt, da hab' ich bei W. eine Uhr vom Tisch genommen, die ich verkaufen wollte, und da haben sie mich geschnepp!“

So ziehen in dieser Gerichtslaube täglich neue Begebenheiten an einem vorbei. Komische und tragische. Und dieses Komische und Tragische schafft die Verbindungsfäden zu jenem großen grauen Gerichtsgedäude!

## Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, den 29. September 1931, 8 Uhr im „Weißen Hof“.

Z Tagesordnung.

1. Kenntnisnahmen.
2. Abnahme der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtsparkasse für 1930.
3. Beitritt zum Romanischen Revisionsausschuss für Provinz Sachsen und Anhalt.
4. Antrag auf Ermäßigung des Kaufpreises für den bisherigen Gaudsalungsschulgarten.
5. Antrag auf Zahlung einer Restforderung für den Bau des Flachwohnhauses.
6. Antrag auf Ermäßigung der Schrebergartengebühren.

Anschließend: Nichtöffentliche Sitzung.

Nebra, den 25. September 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher. May.

**Stadt-Theater Prenz. Hof**  
Sonntag, den 27. Septbr., abends 8 1/2 Uhr:  
**3 Tage auf Leben und Tod**  
ferner  
**Wild-West.**  
Nachmittags 2 1/2 Uhr Kindervorstellung.  
Es ladet freundlich ein  
Vorwardt.

## Kleinwangen • Erntedankfest • Kleinwangen

Am Sonntag, den 27. und Montag, den 28. Sept. von nachmittags 3 Uhr ab

**Sanzvergnügen.**  
Gute Bewirtung • Aufmerksame Bedienung  
Es ladet freundlich ein  
Gastwirt Neumann.

Wollen Sie gesund werden? Wollen Sie gesund bleiben?

## Radium das größte Heilmittel!

Kranke, welche an chronischen Entzündungen, Gicht und Rheuma, Arterienverkalkung, Blasen und Nieren, Störungen des Blutkreislaufes und Erkrankungen der Wechseljahre leiden, heilen Sie bitte den am **Mittwoch, d. 30. Sept., abends 8.30 Uhr**, stattfindenden **Vortrag im Hotel „Zur Burg“, Nebra**

Große Erfolge bei Zuckerkranheiten durch unsere Trinkapparate und Spezialkompressen. Das Wundermittel Radium wird während des Vortrages in seiner Wirksamkeit gezeigt.  
Eintritt frei. Kostenlose Beratung. Anführende Broschüren.  
Deutsche Radium-A.G., Berlin SW. 88.

**Knoblauchzweibelsaft**  
nach Dr. Humboldt  
mit der Schumpacker „Wessfallen“  
besonders bewährt bei

**Arterienverkalkung**  
Wagen- und Secheln, Darmstörungen, Nerven, Bluthin, Gallen- u. Leberleiden, sowie Nerven-, Gicht und Zucker. Preis per 1/2 Original-Flasche RM. 2.75.

Zu haben in Nebra: Wides-Drogerie, B. GutsMuths, Hofjelen: Kreny-Drogerie, Martin Scharf.

**F. Poppe**  
— Rechtsbestand Viehle —  
Zugelassen bei den Amtsgerichten Nebra und Viehle. — Vertrete Prozesse und belege alle gerichtlichen Angelegenheiten. Halle im „Weißen Hof“, Nebra Spredtag.

**Hypotheken**  
volle Auszahlung, unklüßbar, günstig auf Gegenstände, Bedingungen kostenlos.  
**Hypothekensache A-G**,  
Beizig G. 1, Bulowstraße 4.

**chem. reinigen**  
**färben**  
**waschen**  
**kunststopfen**  
**plissieren**

usw. **erstklassig, preiswert**

**Vereinigte Färbereien u. Wäschereien Halle**

Annahme in Nebra bei **Friedrich Grob**,  
Schneidermeister, Reinsdorfer Straße 4

**Drucksachen**  
liefert prompt und preiswert die **aller Art für alle Geschäftszwecke für jeden Privatbedarf in besten Ausführungen**  
**Buchdruckerei Wilh. Sauer**

# Nebräer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Mohleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Mohleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 44/3a.  
Fernsprecher: Amt Mohleben Nr. 221. — Postkontofonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Arten.

Nr 115

Sonnabend, den 26. September 1931

44. Jahrgang

## Finanzlage der Reichsbahn.

Tagung des Verwaltungsrates.

Berlin, 24. September.

Am 21. und 22. September tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin.

Die Entwidlung der Einnahmen war, wie die Reichsbahn-Gesellschaft mitteilt, auch in letzter Zeit ungünstig. Der Personen- und Gepäckverkehr in den ersten acht Monaten 1931 weist gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres einen Rückgang um 120 Millionen RM (= 12,7%), der Güterverkehr einen Rückgang um 356 Millionen RM (= 17,8%) auf. Im Vergleich zum Jahre 1929 ist der Einnahmerückgang noch schärfer. Der Personen- und Gepäckverkehr ist mit 161 Millionen RM um 16,4% der Güterverkehr mit 738 Millionen RM um 32% zurückgefallen.

Der gesamte Rückgang der Einnahmen beziffert sich bis Ende August gegenüber 1930 auf 489 Millionen RM, gegenüber 1929 auf 955 Millionen RM, das sind 26,9% weniger als 1929.

Es ist der Verwaltung gelungen, einen wesentlichen Teil des Einnahmerückganges durch Betriebsparmißien auszugleichen: Es war möglich, die Gesamtausgaben im Jahre 1931 um 20,7% gegenüber 1929 zu senken. Der Verwaltungsrat genehmigte für 1932 den Abbruch von Eisenbahnen und Schienen und sonstigem Material im Werte von rund 100 Millionen RM.

Inwiefern weitere Arbeitsaufträge zuzuführender Art von der Reichsbahn herausgegeben werden, hängt von dem Ergebnis der 4,5prozentigen Steuererhöhung ab, zu deren Herausgabe der Verwaltungsrat seine Zustimmung gab.

## Berlängerte Börsenpause.

Berlin, 24. September.

Die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen beschließen sich in einer nach der Reichsbahnstadt einberufenen Konferenz mit der Frage der Wiedereröffnung der Börsen nach Beendigung der Besprechungen wurde mitgeteilt, daß sich für den Rest der Woche bei dem Verbot des Handels mit Wertpapieren und Devisen verbietet. Nur die Metallbörsen nimmt die Notierungen wieder auf. Einmütig ist befaßt darüber, nach Klärung der durch die Aufhebung der Goldwährung in England geschaffenen Lage in der nächsten Woche alsbald die Börsen wieder zu eröffnen.

## Sveverings Winterprogramm.

Aussprache mit den Regierungs- und Oberpräsidenten.

Berlin, 24. September.

Am Gebäude des preussischen Innenministeriums hatte Minister Svevering eine Besprechung mit den Ober- und Regierungspräsidenten. Staatsminister Svevering führte aus, im kommenden Winter händen zwei Fragen im Vordergrund: die Eindämmung des Wachstums und die Aufrechterhaltung des Gemeindehaushalts.

An eine Übernahmne des gemeindlichen Defizits — zu Annehm handelte es sich um 500 Millionen Reich — wird das Reich bei ausgeglichen. Hilfe würde das Reich nur bei den Ausgaben für die Wohlfahrtsvereine leisten, und das auch nur insoweit, als die Gemeinden ihre Ausgaben auf das Mindestmaß hinabschrauben.

Was das Gerede von einem beabsichtigten Putsch betrifft, sei das völlig ausgeschlossen. Beunruhigung aber rwecken die dauernden Drohungen und die täglichen Zusammenkünfte. Es sei Pflicht der leitenden Beamten in den Kronen Bezirken und Kreisen der Meinung entgegenzutreten, daß die Beamten der Nacht nicht in Unklarheit verfallen dürfen.

Die Beamten der kommenden Woche führen werden. Minister Svevering betonte aus diesem politischen Zusammenhang die Wichtigkeit der Umstände.

Die Abgeordneten, die mit ihren Wahlkreisen und der Wirtschaft in enger Fühlung stehen, wünschen die Wahl durchzuführen mit Ausnahme einer Mehrheit der Liberalen, die durch die Frage des Zolltarifs in Spanien, vorzeitig gegen Wahlen sind. Dies kam in einer kürzeren Fraktionssitzung zum Ausdruck, die in ihrer Mehrheit der Ansicht war, daß Neuwahlen im gegenwärtigen Augenblick den Interessen des Landes schaden würden.

Schon seit Wochen kamen aus dem Fernen Osten Nachrichten nach Europa, die von einem bevorstehenden kriegerischen Konflikt zwischen Japan und China zu melden mußten. Diese Nachrichten gründen sich auf die geseitige Stimmung, die auf beiden Seiten durch vorübergehende, aber bestimmte Zwischenfälle entstanden war. Eine erstere Wendung nahmen die Dinge aber erst, als die Erregung auf die japanische Armee übergriff und japanische Militärflieger

## Europa-Ausschuss befaßtigt.

Genf, 25. September.

Die Vollversammlung des Völkerbundes setzte die abschließende Durchberatung der zahlreichen Ausschüsse fort und nahm zunächst den Bericht über die Arbeiten des Europa-Ausschusses, durch den Schweizer Bundesrat Motta erstattet, an.

In der Entschlieung wird das Mandat des Europa-Ausschusses auf ein Jahr verlängert und der Ausschuss aufgefordert, seine Arbeiten in der bisherigen Weise fortzusetzen.

Um den Bedenken der außereuropäischen Staaten Rechnung zu tragen, wird empfohlen, so weit wie möglich die zuständigen Organe des Völkerbundes zuzuziehen. Ferner wird für die Bestandung des russischen Nichtangriffspaktes ein Sonder-Ausschuss des Europaausschusses eingesetzt, zu dem auch einige außereuropäische Staaten, darunter Japan, China, Indien, Kanada und Australien, zugezogen werden.

## Paris zum Besuch in Berlin.

Paris, 25. September.

Dem Berliner Besuch Cavals und Briands wird wegen der jüngsten Entwidlung der europäischen Wirtschaftslage in der Presse eine große Bedeutung beigegeben. Man betrachtet ihn teilweise als Vorbereitung für die Washingtoner Begegnung. Am „Deuore“ erklärt der ehemalige Minister, Senator E. Trocquer, der Vorsitzende des deutsch-französischen Komitees für die europäischen Beziehungen:

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Deshalb müssen wir uns beglückwünschen, daß Cavall und Briand die Einladung der Reichsregierung angenommen haben.

„Journée Industrielle“ will mit Genugtuung eine Umstellung in der öffentlichen Meinung Deutschlands feststellen, die, wie man erklärt, bisher wenig geneigt gewesen sei, den französischen Ministern einen günstigen Empfang zu bereiten.

Cavalls Reise werde jetzt sogar von den Nationalisten als einigermassen glänzlich bezeichnet.

Wahrscheinlich hätten die englische Währungsfrage und die Gehe Hoover's diesen Umkehrung bei einem wichtigen Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands bewirkt. Bei den Besprechungen in Berlin dürfe namentlich über die Finanzierung des Deutschen Exports gesprochen werden. Das sei natürlich für viele Deutsche weniger verführerisch als die Befestigung der Reparationen und Kriegsschulden oder als eine Währungsunion mit Frankreich. In Berlin aber dürfe man nicht vergessen, daß Deutschlands Handel und Industrie an sich gar nicht stark bedrückt seien, aber doch der Schonung bedürftig. Außerdem müsse auf die Notwendigkeit gewisser Bedingungen hingewiesen werden, ohne die keine nutzbringende Besprechung oder Verständigung möglich sei.

Ein Abkommen würde nicht geschlossen werden. Wie könnte man in 48 Stunden etwas anderes tun, als nach einem Wege suchen!

Aber schon wenn dieser gefunden würde, wäre die Berliner Reise eine wichtige Etappe auf dem Wege des europäischen Wiederaufbaues.

„Volonté“ begrüßt die bei der Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens durch Francois-Bonnet in Berlin zwischen dem Reichspräsidenten und dem Bolschewist ausgetauschten Anträgen, Hindernisse zu beseitigen und auf die besonderen Aufgaben Frankreichs und Deutschlands und auf eine fruchtbare Zusammenarbeit und ihren Verständigungswillen gingen über den reinen Höflichkeitstext hinaus. Ein Dialog von Volk zu Volk habe an.

## Englische Oktoberwahlen?

London, 25. September.

Das Innenministerium hat Antrag erteilt, die Vorbereitungen für die neuen Wahlgesetze, die am 15. Oktober in Kraft treten, mit aller Beschleunigung durchzuführen. In öffentlichen politischen Kreisen verteilt man daher die Ansicht, daß Neuwahlen im Oktober oder Anfang November stattfinden würden.

Die Abgeordneten, die mit ihren Wahlkreisen und der Wirtschaft in enger Fühlung stehen, wünschen die Wahl durchzuführen mit Ausnahme einer Mehrheit der Liberalen, die durch die Frage des Zolltarifs in Spanien, vorzeitig gegen Wahlen sind. Dies kam in einer kürzeren Fraktionssitzung zum Ausdruck, die in ihrer Mehrheit der Ansicht war, daß Neuwahlen im gegenwärtigen Augenblick den Interessen des Landes schaden würden.

## Der Kampf in der Mandchurei.

Schon seit Wochen kamen aus dem Fernen Osten Nachrichten nach Europa, die von einem bevorstehenden kriegerischen Konflikt zwischen Japan und China zu melden mußten. Diese Nachrichten gründen sich auf die geseitige Stimmung, die auf beiden Seiten durch vorübergehende, aber bestimmte Zwischenfälle entstanden war. Eine erstere Wendung nahmen die Dinge aber erst, als die Erregung auf die japanische Armee übergriff und japanische Militärflieger

in Flugparcours ihre Landsteeie offen zum Kampfe gegen die Chinesen aufzubereiten. Aber selbst dann war die Hoffnung auf eine glückliche Beilegung des Konfliktes berechtigt, da die verantwortlichen höchsten Stellen auf beiden Seiten eine solche zweifelloste wollten. Wenn es jetzt trotz alledem zu kriegerischen Handlungen gekommen ist, so deswegen, weil augenscheinlich untergeordnete Organe in falsch verstandenen Patriotismus sich zu Unbefonnenheiten haben hingelassen lassen.

China, durch den Kampf um seine künftige innere Gestaltung jetzt finanziell und militärisch geschwächt, würde einem japanischen Eingreifen völlig hilflos gegenüberstehen. Ein March nach Peking oder Nanjing aber würde der japanischen Armee keine Vorboten entzogen.

Japan hat in dem Neumächte-Vertrag in Washington vom 22. 2. 1922, dem auch Deutschland später beigetreten ist, die Integrität des chinesischen Reichs ausdrücklich anerkannt, nimmt aber auf Grund vorliegender Verträge in der Mandchurei eine Sonderstellung ein. Eine dauernde Beilegung der Mandchurei durch Japan würde jedoch mit dem Washingtoner Verträge unvereinbar sein und alle Signatarmächte zum Eingreifen berechtigen. Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß Japan sich einer solchen Vertragsverletzung schuldig machen will. Wohl mögen diejenigen im Rechte sein, die behaupten, daß die Zeit hierfür nie so günstig war wie jetzt, wo weder Amerika noch England an der Spitze der großen Schutzmächten wirtschaftlicher und finanzieller Natur im eigenen Hause eine beneidete Intervention im Osten riskieren könnten, und für Rußland die herrliche Gelegenheit bietet, die ganze Nordmandchurei und damit die ostchinesische Bahn an sich zu bringen. Solche Argumentationen sind aber Hirngespinnste in den Händen der Gegenwart besagener Politik, die an der Laune der Vorfahren, daß die Ueberleitung der Mandchurei in Japan von China niemals werden verlesen werden können, und die chinesisch-japanischen Beziehungen auf alle Zeit so schwer zu regeln müßte, daß ein freundliches Nebeneinanderleben beider großen Nachbarn nicht ein geregelter Handelsaustausch auf Generationen hinaus unmöglich sein würde. Um dieses Ziel zu verfolgen lohnt sich die Begegnung der Mandchurei nicht.

## Amerikas Eingreifen.

Simon rat Japan von Gewaltanwendung in China ab.

Tokio, 25. September.

In einer an das Ministerium des Auswärtigen gerichteten Denkschrift über die Vorgänge in der Mandchurei erklärt der amerikanische Staatssekretär Simon, die Vereinigten Staaten wünschten keinesfalls, die in den Angelegenheiten Japans einzumischen, aber die gegenwärtige Lage rufe bei den anderen Mächten schwere Besorgnisse rechtlicher und anderer Natur hervor. Er rate daher Japan, die Angelegenheit rasch beizulegen und nicht weiter Gewalt anzuwenden.

Dem Völkerbundrat ist ein Telegramm des amerikanischen Staatssekretärs Simon zugegangen, in dem dieser seinen Dank für die Uebermittlung der Protokolle der Verhandlungen über den japanisch-chinesischen Streit ausspricht und mitteilt, daß er von den beiden Punkten der Ratsentscheidung sowie von der Tatsache, daß diese Punkte in der Note des Rates an die japanische und die chinesische Regierung aufgenommen worden seien, Kenntnis genommen habe. Es handelt sich hierbei um den Appell des Rates, keine weiteren Verstärkungen des Streitfalls zuzulassen und die beiderseitigen Truppen zurückzuführen. In dem Telegramm erklärt Simon weiter, die amerikanische Regierung habe bereits auf die Einstellung der Feindseligkeiten gedrungen, um eine Verhärterung der Lage zu vermeiden. Sie werde auch weiterhin mit allen Mitteln an der Wiederherstellung des Friedens arbeiten.

## In Genf noch keine Lösung.

Der Ratsvorsitzende Ferrou gab in der Bundesversammlung eine Erklärung zum chinesisch-japanischen Konflikt ab. Unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung teilte Ferrou mit, daß der Völkerbundrat in Zusammenarbeit mit den beiden Parteien sich bemühe, eine Beilegung des Konflikts herbeizuführen.

„Wir hoffen“, sagte er, „zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen. Das ist vorzüglich alles, was gefragt werden kann, doch hat mich der Rat gebeten, Ihnen möglichst bald eine weitere Mitteilung zu machen.“

Der Präsident Titulescu erklärte hierauf, es sei Sache des Rates, Mittel und Wege zur Beilegung des Konflikts zu suchen. Vor allem sei es nötig, daß der Völkerbund bei keinem Vorgehen auf die Unterbrechung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt zählen könne. Diese Unterbrechung werde sicher nicht abgelehnt, denn die Aktion des Völkerbundes laufe auf eine Festlegung des Friedens hinaus. Es genüge nicht, daß der Rat tagt, der Rat müsse in öffentlichen Sitzungen seine Anstrengungen so lange fortsetzen, bis eine Lösung gefunden sei. Völkerbundrat und Völkerbundesversammlung dürften nicht auseinandergehen, bevor nicht der Erfolg der Aktion gesichert sei. „Wir wünschen deshalb“, so schloß der Redner, „daß der Rat vor Schluß der Versammlung dieser eine Mitteilung zukommen läßt, damit die Versammlung ebenfalls Gelegenheit erhalte, ihrem Standpunkt und ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen.“

colorchecker CLASSIC

Das Bild zeigt eine Farbkorrekturkarte (ColorChecker Classic) mit einer Reihe von farbigen Quadraten in verschiedenen Tönen (Blau, Grün, Gelb, Rot, Magenta, Schwarz, Weiß). Darunter befindet sich eine Maßskala in Millimetern. Links neben der Karte sind einige Textfragmente zu sehen, die teilweise durch die Karte verdeckt sind.